

Europäische Rabattschlacht

Die Beiträge der Mitgliedsstaaten zum EU-Haushalt orientieren sich im Großen und Ganzen an ihrer Wirtschaftsleistung. Nur das Vereinigte Königreich weicht deutlich von dieser Faustformel ab: Während sein Anteil am Bruttonationaleinkommen der Europäischen Union knapp 13,8 Prozent ausmacht, schultert es nur 10,4 Prozent des Brüsseler Etats. Grund ist der 1984 von der britischen Premierministerin Margaret Thatcher ausgehandelte Rabatt auf die Zahlungsverpflichtung. Allein im Jahr 2010 sparen die Briten dadurch knapp 4 Milliarden Euro. Diese Mittel müssen

allerdings die anderen Mitgliedsstaaten finanzieren – wobei es hier wieder eine Besonderheit gibt: Deutschland, die Niederlande, Österreich und Schweden erhalten einen Rabatt auf die Finanzierung des britischen Ausgleichsbetrags, sie zahlen nur 25 Prozent ihres eigentlichen Anteils. Deutschland etwa kostet daher der Britenrabatt nur 233 Millionen Euro anstelle von 933 Millionen Euro. Auch das muss ausgeglichen werden: Alle übrigen EU-Länder zahlen also doppelt – für den Britenrabatt und den Vierländerrabatt auf den Britenrabatt.

In dieser Woche

US-Privathaushalte: Hohe Schulden, die Angst vor Arbeitslosigkeit sowie ein immenses Staatsdefizit führen dazu, dass die Amerikaner ihr Geld zusammenhalten. Die Sparquote der US-Haushalte ist 2009 auf rund 4 Prozent geklettert – vor der Wirtschaftskrise betrug sie lediglich 1,8 Prozent. Seite 2

Migranten: Ausländer sind häufiger arbeitslos als Deutsche – selbst wenn sie über eine gute Ausbildung verfügen. So sind von den zugewanderten Hochqualifizierten derzeit annähernd 10 Prozent ohne Job, von den deutschen Spitzenkräften finden nur 3 Prozent keine Arbeit. Seite 3

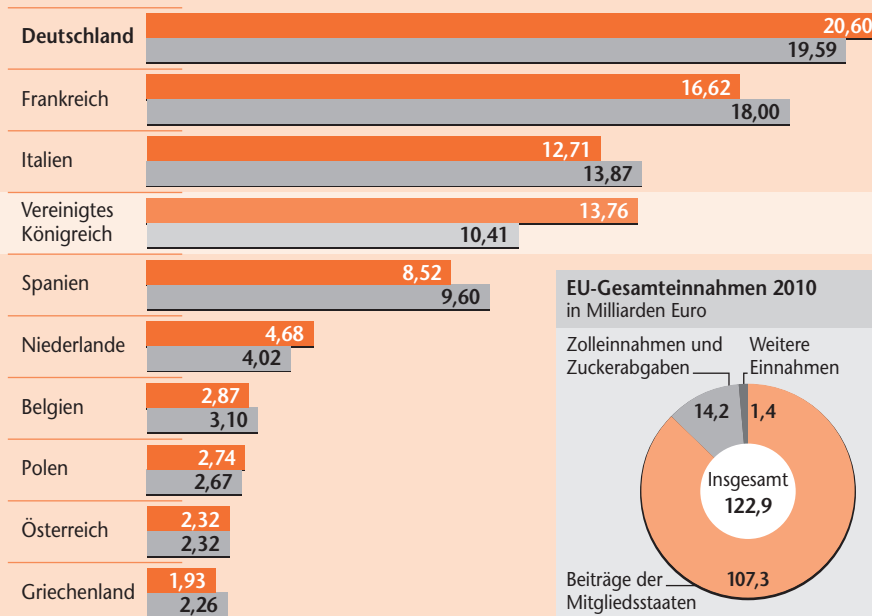
Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit: Ob Betriebskindergärten oder Teilzeit, die meisten Unternehmen unterstützen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und: Laut einer Befragung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln sind die Betriebe so familienbewusst wie nie zuvor. Seite 4-5

Ingenieure: Deutschland gehen die Tüftler und Techniker aus. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln in Zusammenarbeit mit dem Verband Deutscher Ingenieure. Besonders groß ist der Ingenieurmangel in Westdeutschland, wo der Bedarf bis 2027 kontinuierlich ansteigen wird. Seite 6-7

Produktionskapazitäten: Die Produktionsanlagen in der deutschen Industrie sind derzeit besonders schlecht ausgelastet: Von zehn Maschinen laufen nur sieben – im Normalbetrieb sind es neun. Bis die Kapazitätsauslastung wieder ihr altes Niveau erreicht, werden voraussichtlich noch Jahre vergehen. Seite 8

EU-Haushalt 2010: Die zehn wichtigsten Beitragszahler

Anteil am EU-Bruttonationaleinkommen in Prozent Anteil an den Beiträgen zum EU-Haushalt in Prozent



Das Bruttonationaleinkommen (BNE) bildet das von Inländern erzielte Wirtschaftsergebnis eines Landes bzw. der gesamten EU ab; BNE für 2010: Schätzungen; EU-Haushalt für 2010 gemäß Haushaltsplan vom 17. Dezember 2009; Ursprungsdaten: Europäisches Parlament, Eurostat

US-Privathaushalte Unter Sparzwang

Die Amerikaner üben sich neuerdings in einer ihnen lange fremden Disziplin: im Sparen. Nicht zuletzt deshalb liegt der private Konsum da-nieder – er war bisher ein wichtiger Wachstumstreiber. Es gibt jedoch weder für die US-Bürger noch für die Politiker momentan eine Alternative zum Sparen. Denn sowohl die privaten Haushalte als auch der Staat sind hoch verschuldet.

Glaubt man Prognosen, fasst die US-Wirtschaft allmählich wieder Tritt: Dank üppiger Konjunkturprogramme und niedriger Zinsen, so heißt es, werde das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in diesem und im nächsten Jahr um rund 3 Prozent wachsen. Das wäre im Vergleich

Im Jahr 2005 steuerte der private Konsum noch 2,3 Prozentpunkte zum Wirtschaftszuwachs von 3,1 Prozent bei.

Im Jahr 2009 schrumpfte das US-Bruttoinlandsprodukt um 2,4 Prozent; die nunmehr gesunkenen privaten Konsumausgaben hatten daran einen Anteil von -0,4 Prozentpunkten.

Die Amerikaner halten ihr Geld derzeit aus drei Gründen zusammen – sie haben Angst um ihren Job, sie erwarten Steuererhöhungen und sie haben hohe Schulden:

1. Arbeitslosigkeit. Im Zuge der Krise sind im Jahr 2008 per saldo über 3,6 Millionen Jobs abgebaut worden, im vergangenen Jahr waren es sogar über 4,7 Millionen.

belieb sich die Arbeitslosenquote auf 11 Prozent.

2. Staatsverschuldung. Die Wirtschaftskrise hat die öffentliche Verschuldung nach oben getrieben. Das Haushaltsdefizit dürfte in diesem Jahr bei rund 11 Prozent liegen. In der Folge wird der gesamte Schuldenberg im kommenden Jahr dann genauso hoch sein wie die jährliche Wirtschaftsleistung. Die Regierung unter Barack Obama wird von daher über kurz oder lang nicht um eine Erhöhung der Abgaben herkommen.

3. Private Verpflichtungen. Den Bürgern würden Steuererhöhungen richtig wehtun. Denn auch die Amerikaner selbst stecken tief in der Kreide und müssen Monat für Monat ihre Schulden zurückzahlen: Die privaten Haushalte wenden derzeit im Schnitt mehr als 12 Prozent ihres verfügbaren Einkommens allein zur Abzahlung von Konsumentenkrediten auf.

Düstere Jobaussichten und die drückende staatliche wie private Schuldenlast haben nicht nur die Konsumlaune getrübt, sie haben auch zu einer Wende im Sparverhalten geführt (Grafik):

Im Jahr 2009 betrug die Sparquote der US-Haushalte 4,3 Prozent. Im Schnitt der Jahre 2005 bis 2007, also vor der Krise, wurden lediglich 1,8 Prozent des verfügbaren Einkommens in Sparsbücher, Lebensversicherungen, Wertpapiere, Aktien etc. gesteckt.

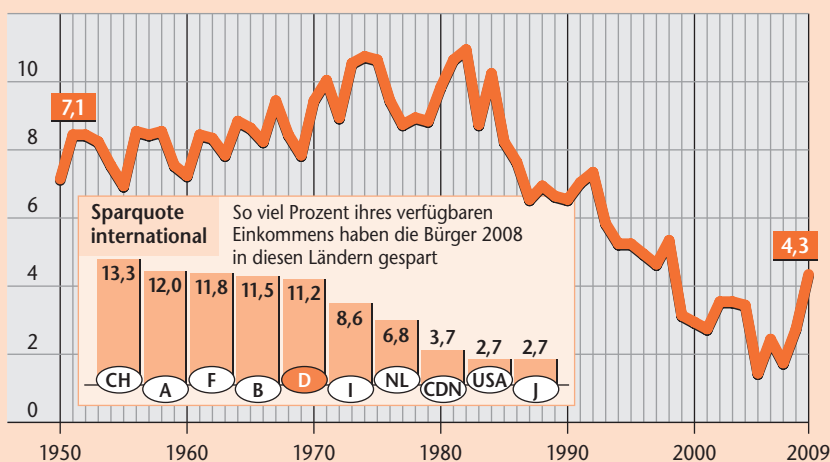
Der Blick zurück und über die Grenzen zeigt jedoch, dass in den Staaten in puncto Sparen noch Luft nach oben ist:

1. Historischer Vergleich. Die US-Sparquote lag in den 1970er Jahren bei durchschnittlich 9,6 Prozent, in den 1980er Jahren waren es 8,3 Prozent. Erst seit dem Jahr 2000 wich die Spar- der Konsumlust: Die Quote reduzierte sich im Jahresschnitt auf 2,8 Prozent.

2. Internationaler Vergleich. Uncle Sam ist verglichen mit Michel und Marianne alles andere als ein Sparfuchs. In Deutschland und Frankreich ist die Sparquote rund dreimal so hoch wie in den USA. Allein die Japaner legen ebenso wenig zurück wie die Amerikaner.

US-Bürger: Wenig auf der hohen Kante

So viel Prozent ihres verfügbaren Einkommens haben die US-Haushalte jährlich gespart



Sparquote nach jeweiliger nationaler Abgrenzung
Quellen: Bureau of Economic Analysis, OECD

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

zu Europa sogar recht viel. In der Eurozone beispielsweise dürften die Zuwächse 2010 und 2011 höchstens 1,1 bis 1,5 Prozent betragen.

Dass der neue dem alten Kontinent tatsächlich davonzieht, ist jedoch längst nicht ausgemacht. Denn ein wichtiges amerikanisches Wachstumsguppferd lahm jetzt erst einmal – der private Konsum. Die Kauffreudigkeit der Amerikaner hatte noch vor der Krise – gestützt durch niedrige Zinsen – die Wirtschaft befeuert:

Die Arbeitslosenquote der Vereinigten Staaten kletterte bis zum März 2010 auf 9,7 Prozent. Im Jahr 2007, also vor der Krise, bewegte sie sich unterhalb der 5-Prozent-Marke.

Frühere Krisen hat der US-Arbeitsmarkt besser weggesteckt. Nach dem Dotcom-Crash Anfang der 2000er Jahre und dem 11. September 2001 betrug die Arbeitslosenquote im Frühjahr 2003 nur 6 Prozent. Nur einmal im Nachkriegsamerika, in der Rezession 1982, war die Arbeitslosigkeit höher als heute. Damals

Migranten

Auch mit Examen oft ohne Job

Migranten sind häufiger arbeitslos als Deutsche. Die schlechteren Jobchancen der Zuwanderer sind aber nicht allein auf deren geringere Qualifikationen zurückzuführen. Selbst die Hochqualifizierten unter ihnen finden seltener eine Arbeit als deutsche Akademiker.

Es bleibt ein schwieriges Thema: die hohe Ausländerarbeitslosigkeit. Im Jahr 2009 war jeder sechste erwerbsfähige Ausländer im Alter von 15 bis 65 Jahren ohne Job. Vier Jahre zuvor war es allerdings noch jeder Vierte – die Chancen eines Ausländers auf einen Arbeitsplatz sind demnach gestiegen. Gemessen an den Inländern haben es diese Menschen trotzdem zunehmend schwerer – denn auch die Arbeitsmarktchancen der Deutschen haben sich verbessert (Grafik).

Ein in Deutschland lebender Ausländer hat ein 2,2-mal so hohes Risiko, arbeitslos zu werden wie ein Inländer.

Noch 1995 war das Risiko nur 1,36-mal so hoch wie das eines Einheimischen. Die schlechteren Chancen der Migranten auf dem Arbeitsmarkt werden vor allem auf die unterschiedlichen Qualifikationen zurückgeführt. Und um die steht es tatsächlich nicht besonders gut (Grafik):

- **Ohne Berufsabschluss.** Während jeder zehnte Einheimische zwischen 25 und 65 Jahren keinen formalen Berufsabschluss hat, ist es bei den erwerbsfähigen Migranten jeder dritte. Viele Migranten sind bereits ohne eine Qualifikation nach Deutschland eingewandert oder haben das deutsche Bildungssystem ohne Erfolg durchlaufen. Mit gut 19 Prozent Arbeitslosigkeit stehen die geringqualifizierten Migranten besonders schlecht da.
- **Mit Berufsausbildung.** Von den erwerbsfähigen Zuwanderern mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung haben nahezu 12 Prozent keinen Job – von den deutschen Kollegen sind es 8 Prozent.
- **Meister und Akademiker.** Die besten Arbeitsmarktchancen haben Hochschulabsolventen bzw. Meister und Techniker. Zuletzt war zwar immerhin jeder fünfte

Migranten: Trotz Hochschulabschluss arbeitslos

So viel Prozent der 25- bis 65-Jährigen ... waren im Jahr 2007 erwerbslos

■ Anteil an allen Erwerbspersonen in Prozent

	mit Migrationshintergrund		ohne Migrationshintergrund		Erwerbslosenquote insgesamt
Geringqualifiziert	19,3	36,1	15,3	9,9	17,1
Mittelqualifiziert	11,7	43,7	7,8	61,5	8,3
Hochqualifiziert	9,8	20,2	3,0	28,5	3,8

Geringqualifiziert: ohne Berufsabschluss; mittelqualifiziert: mit Berufsausbildung; hochqualifiziert: Meister- bzw. Technikerabschluss, Hochschulabschluss; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Ausländer dieser Gruppe zuzuordnen – aber auch eine abgeschlossene Fortbildung oder ein Studium sind kein Garant für eine Stelle.

Von den zugewanderten Hochqualifizierten sind 9,8 Prozent arbeitslos, während nur 3 Prozent der deutschen Spitzenkräfte keinen Job haben.

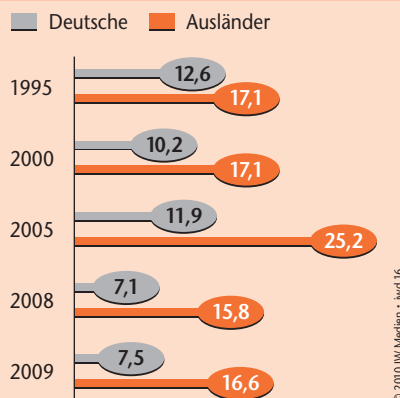
Dass Migranten auf dem deutschen Arbeitsmarkt schlecht abschneiden, dürfte nicht allein an den formalen Abschlüssen liegen. Eine wichtige Rolle spielen auch unzureichende Sprachkenntnisse –

selbst vermeintlich „gute“ Deutschkenntnisse reichen unter Umständen nicht aus, um einen wissenschaftlichen Bericht oder einen Brief selbstständig und fehlerfrei zu verfassen. Zudem verbergen sich hinter formal gleichen Qualifikationen nicht unbedingt die gleichen Kompetenzen, denn die Berufsbildungssysteme sind von Land zu Land sehr verschieden.

Selbst wenn also Hochqualifizierte im Ausland angeworben werden können, um die sich abzeichnende Lücke an Fachkräften zu verkleinern, bedeutet das nicht automatisch, dass sie hier auch einen Job finden. Deshalb sollte der Arbeitsmarkt für diese Klientel weiter als üblich flexibilisiert werden. Eine längere Probezeit und eine entsprechend intensivere Einarbeitung würden es den Unternehmen leichter machen, sich für Menschen ausländischer Herkunft zu entscheiden. Denkbar ist auch, die Arbeitszeit so zu gestalten, dass ergänzend eine Weiterqualifizierung oder ein Sprachkurs besucht werden kann. In Dänemark beispielsweise haben sich Kooperationen zwischen Kommunen und Betrieben bewährt, bei denen es darum geht, für jeden Einzelnen erst einmal eine „Kompetenzbilanz“ zu erstellen und so die formale Anerkennung seiner beruflichen Fähigkeiten und Abschlüsse zu ermöglichen.

Ausländer: Seltener im Job

So viel Prozent der 15- bis 65-Jährigen waren arbeitslos



Ausländer: Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit

Wenn Kinder die Kantine stürmen

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht auf der Agenda der meisten Unternehmen nach wie vor weit oben – und das trotz der größten Wirtschaftskrise in der Nachkriegsgeschichte. Eine Befragung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt, dass die Betriebe ihre Mitarbeiter vor allem mit flexiblen Arbeitszeitmodellen sowie mit Fördermaßnahmen rund um die Elternzeit unterstützen. Die Unternehmen versprechen sich davon nicht zuletzt ganz handfeste wirtschaftliche Vorteile – etwa beim Kampf gegen den Fachkräftemangel.*)

Die Berliner Charité hat einen Väterbeauftragten. Evonik kooperiert mit dem Diakoniewerk Essen, weil immer wieder Angehörige von Mitarbeitern plötzlich zum Pflegefall werden. Und das Chemieunternehmen BASF betreibt ein internationales Ferienprogramm zum Austausch von Mitarbeiterkindern zwischen 14 und 19 Jahren.

Wer Kinder oder pflegebedürftige Angehörige betreuen muss, steht als Berufstätiger vor einer echten Herkulesaufgabe. Und immer mehr Unternehmen begreifen diesen täglichen Spagat nicht länger als reine Privatsache der Betroffenen, sondern sehen sich selbst ebenfalls in der Verantwortung. Dies ist ein zentrales Ergebnis des jüngsten Unternehmensmonitors Familienfreundlichkeit, den das IW Köln im Auftrag des Bundesfamilienministeriums und der Robert Bosch Stiftung durchgeführt hat. Dafür wurden im Herbst 2009 zum dritten Mal nach 2003 und 2006 Geschäftsführer und Personalverantwortliche in Deutschland danach befragt, wie, in welchem Umfang und aus welchen Gründen sie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern:

Annähernd 80 Prozent der rund 1.300 befragten Unternehmen messen dem Thema Familienfreundlichkeit eine hohe beziehungsweise eine relativ hohe Bedeutung bei. Bei der ersten Befragung im Jahr 2003 waren es erst 46 Prozent.

Laut aktuellem Monitor gelten vier von zehn Unternehmen als ausgesprochen familienfreundlich. Dieses Prädikat wird verliehen, wenn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Betrieb selbstverständlich ist und wenn Mitarbeiter mit familiären Pflichten die gleichen Karriereperspektiven haben wie alle anderen. Außerdem informieren solche Betriebe ihre Beschäftigten regelmäßig über familienfreundliche Aktivitäten und/oder binden sie in deren Ausgestaltung ein.

So weit die Theorie. In der Praxis sieht das Familienbewusstsein der Unternehmen so aus (Grafik Seite 5):

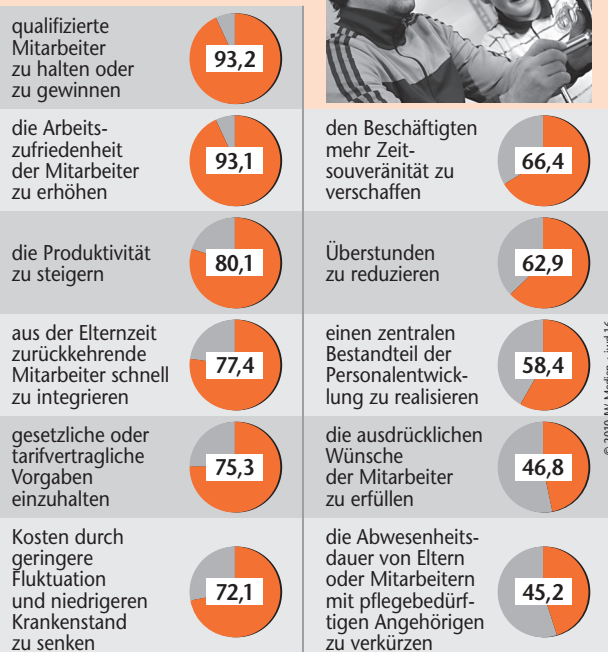
- **Familienfreundliche Arbeitszeiten.** Wer Kinder oder pflegebedürftige Eltern betreut, braucht Zeit. Deshalb sind in vielen Unternehmen flexible oder reduzierte Arbeitszeitmodelle weit verbreitet. Acht von zehn Betrieben praktizieren Teilzeitarbeit. Darauf gibt es einerseits einen gesetzlichen Anspruch, andererseits wird sie vor allem von Eltern mit kleinen Kindern favorisiert, weil Väter und vor allem Mütter aufgrund des unzureichenden Betreuungsangebots oft gar keiner Vollzeitbeschäftigung nachgehen können.

Fast genauso häufig vereinbaren die Unternehmen mit ihren Mitarbeitern aber auch individuelle Arbeitszeiten; und immerhin noch sieben von zehn Betrieben bieten flexible Tages- und Wochenarbeitszeiten an, bei denen die Beschäftigten in Gleitzeit arbeiten oder Stunden auf einem Konto ansammeln. Telearbeit und Job-Sharing-Modelle dagegen sind nicht ganz so weit verbreitet – sie werden im Schnitt in jeder fünften Firma offeriert.

- **Förderung im Rahmen der Elternzeit.** Seit 2003 hat sich vor allem das familienfreundliche Engagement der Unternehmen während und nach der Elternzeit verstärkt – so nehmen momentan 80 Prozent der Betriebe insbesondere auf junge Eltern besondere Rücksicht: zum Beispiel bei der Planung von Arbeitsprozessen oder Meetings. Das ist allein schon deshalb sinnvoll, weil in 60 Prozent der Betriebe junge Väter und Mütter auch während der Elternzeit in Teilzeit oder phasenweise beschäftigt sind.

Familienfreundliche Personalpolitik: Was Unternehmen umtreibt

So viel Prozent der Unternehmen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützen, tun dies, um ...



Befragung von 1.319 Unternehmen im November 2009 durch das Institut der deutschen Wirtschaft Köln; Mehrfachnennungen
Quelle: Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2010

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

*) Vgl. Susanne Seyda, Oliver Stettes: Familienfreundlichkeit in der deutschen Wirtschaft – Ergebnisse des Unternehmensmonitors Familienfreundlichkeit 2010, in: IW-Trends 2/2010 sowie Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2010, Berlin, 2010, www.bmfsfj.de.

Für Eltern, die nach der Geburt eines Kindes zunächst daheimbleiben, bietet zudem jeder dritte Betrieb nach der Elternzeit spezielle Einarbeitungsprogramme an. Auf dem Vormarsch sind auch Patenmodelle, bei denen ein Kollege im Betrieb dauerhaft den Informationsfluss zu einem Mitarbeiter in Elternzeit aufrechterhält – dies praktiziert mittlerweile ein gutes Viertel aller Unternehmen. Und jeder fünfte Betrieb organisiert Weiterbildungsangebote für Mitarbeiter, die in Elternzeit sind.

- **Betreuungsangebote.** Bei der konkreten Unterstützung in der Kinder- und Angehörigenbetreuung halten sich die Unternehmen in Deutschland zurück: So gibt es nur in zwei von 100 Unternehmen einen Betriebskindergarten oder eine Kindertagesstätte – was auch daran liegt, dass sich solche Einrichtungen erst ab einer Betriebsgröße von mindestens 250 Mitarbeitern rechnen. Auch zusätzliche Unterstützungsleistungen – etwa im Rahmen der Pflege – erbringen nur ungefähr ein Fünftel der Betriebe. Großzügig zeigen sich die Unternehmen hingegen beim Faktor Zeit: Mehr als die Hälfte von ihnen stellt Mitarbeiter, deren Kinder krank sind, über die gesetzliche Regelung hinaus frei.

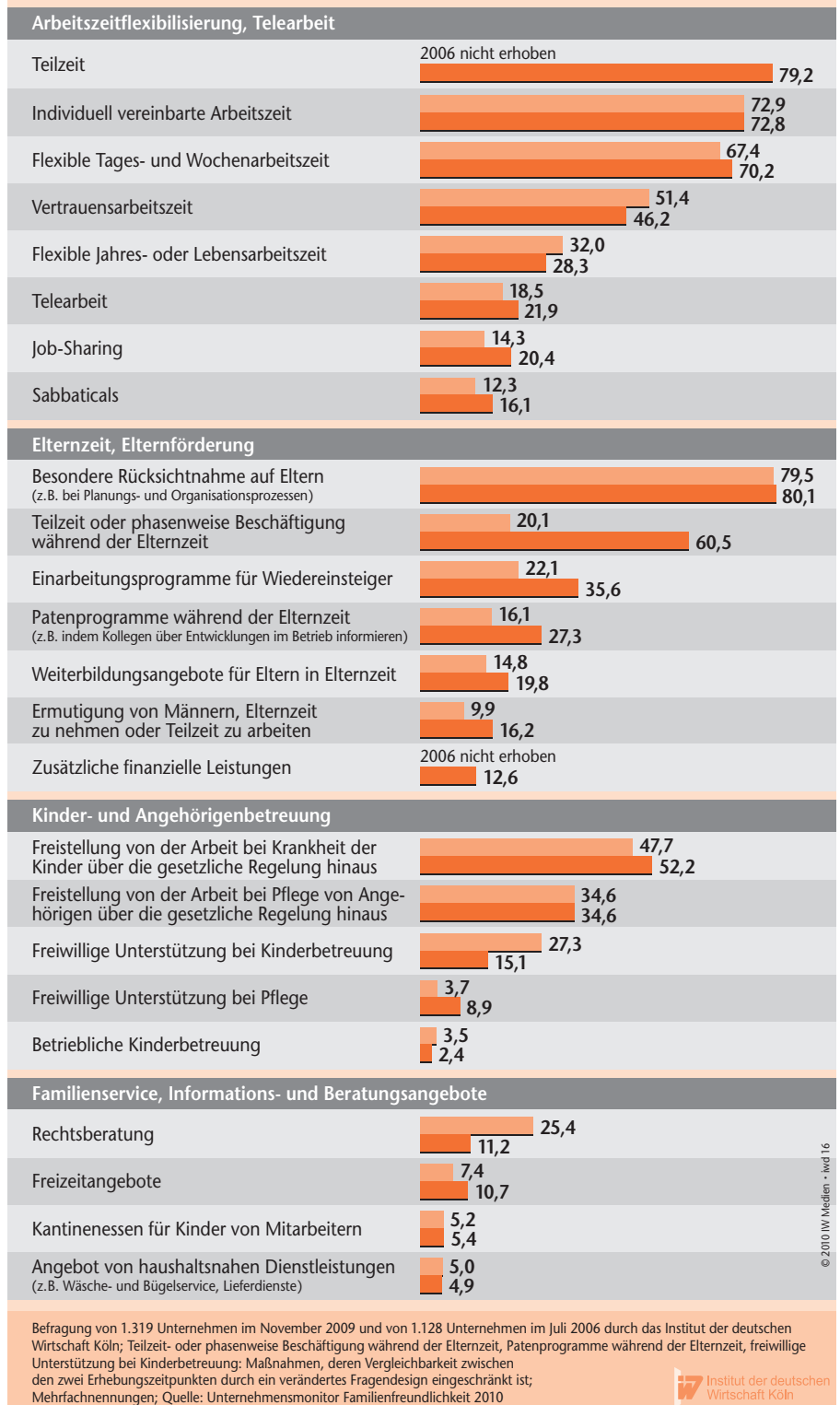
- **Familienservice.** Lediglich eine kleine Minderheit der Unternehmen bietet Rechtsberatung, Kantinenessen für Mitarbeiterkinder oder Serviceleistungen wie Wäschewaschen und Bügeln an.

Unterm Strich haben trotz Wirtschaftskrise nur 7 Prozent der Betriebe ihre familienfreundliche Personalpolitik zurückgefahren oder auf die lange Bank geschoben. Einerseits zeigt dies, wie wichtig es den Unternehmen ist, ihre Interessen mit denen der Mitarbeiter auszutarieren. Andererseits dürften viele Personalverantwortliche und Geschäftsführer bei ihrem familienpolitischen Engagement bereits den künftigen Aufschwung und damit den bevorstehenden Fachkräftemangel im Blick haben (Grafik Seite 4):

Deutlich mehr als 90 Prozent der Unternehmen unterstützen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um qualifizierte Mitarbeiter zu halten oder zu gewinnen. Und fast ebenso viele Firmen möchten mit einer familienbewussten Personalpolitik die Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiter erhöhen.

Familienfreundliche Personalpolitik: Was Unternehmen alles tun

So viel Prozent der Unternehmen unterstützen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit diesen Maßnahmen



Befragung von 1.319 Unternehmen im November 2009 und von 1.128 Unternehmen im Juli 2006 durch das Institut der deutschen Wirtschaft Köln; Teilzeit- oder phasenweise Beschäftigung während der Elternzeit, Patenprogramme während der Elternzeit, freiwillige Unterstützung bei Kinderbetreuung: Maßnahmen, deren Vergleichbarkeit zwischen den zwei Erhebungszeitpunkten durch ein verändertes Fragedesign eingeschränkt ist; Mehrfachnennungen; Quelle: Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2010

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Acht von zehn Betrieben hoffen zudem, mittels familienfreundlicher Maßnahmen die Produktivität zu erhöhen. Viele Firmen erwarten sich auch einen Kostenvorteil durch eine geringere Fluktuation und niedrigere Krankenstände. Nicht zuletzt kann

eine familienfreundliche Personalpolitik sogar zur Senkung der Lohnstückkosten führen: wenn mittels solcher Maßnahmen Überstunden abgebaut werden und sich die Arbeitszeiten flexibel an die Auftragslage anpassen lassen.

Neues Modell verschafft Durchblick



Wer hat beim Einkommen die Nase vorn: Beamten- oder Arbeitnehmerhaushalte? Oder: Welche Bevölkerungsschichten schultern die höchsten Einkommenssteuer- und Beitragslasten? Um solche Fragen zu beantworten, braucht man Daten, die über die Arbeits- und Transfereinkommen der Haushalte und deren Zahlungen an den Fiskus beziehungsweise die Sozialversicherungen sehr detailliert Auskunft geben. Und wer darüber hinaus auch noch in Erfahrung bringen möchte, wie sich die Verteilung der Einkommen und der Abgabenlasten verändert, wenn man an den Schrauben des Steuerrechts dreht oder die Finanzierung der gesetzlichen Sozialversicherung variiert, der benötigt ein Modell, das die Auswirkungen unterschiedlicher Regulierungen für jeden Haushaltstyp simulieren kann.

Ein solches Mikrosimulationsmodell hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Rahmen eines von der informedia-Stiftung – Gemeinnützige Stiftung für Gesellschaftswissenschaften und Publizistik geförderten Forschungsprojekts entwickelt. Grundlage dafür bilden die Daten aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamts, die knapp 42.800 Haushalte mit insgesamt rund 100.000 Personen umfassen. Diese Zahlen werden zwar nur alle fünf Jahre erhoben und stehen derzeit lediglich für 2003 zur Verfügung, doch dieser Mangel wird dadurch behoben, dass sich zumindest alle einkommensrelevanten Angaben bis 2008 fortschreiben lassen.

Auf diese Weise lässt sich nicht nur zeitnah die Verteilung der Einkommen ermitteln, auch Auswirkungen des aktuellen Einkommenssteuerrechts lassen sich so nachvollziehen. Von der simplen Werbungskostenpauschale für Arbeitnehmer bis zur Günstigerprüfung bei der Anrechnung der Vorsorgeaufwendungen können so die Bestimmungen des Bundesfinanzministeriums durchgerechnet werden. Auch das aktuelle Sozialversicherungsrecht kann für alle Haushaltstypen abgebildet werden – egal, ob es sich um den Sonderbeitrag zur Pflegeversicherung für Kinderlose handelt oder die Krankenversicherungsbeiträge auf Betriebsrenten.

Mithilfe des IW-Modells können zudem viele Reformvorschläge nun empirisch geprüft werden – und zwar mit allen verteilungspolitischen Konsequenzen.

Nicole Horschel

Ingenieure

Der Nachwuchs fehlt

Bis zum Jahr 2012 werden hierzulande jährlich rund 36.000 Ingenieure altersbedingt ihren Job an den Nagel hängen – mit 6.600 die meisten davon in Nordrhein-Westfalen. Allerdings gibt es nicht genug junge Nachfolger, wie eine aktuelle Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) in Zusammenarbeit mit dem Verein Deutscher Ingenieure (VDI) zeigt.*)

Die Alterung der Gesellschaft und das mangelnde Interesse junger Menschen an naturwissenschaftlichen Studiengängen machen es der deutschen Ingenieurzunft schwer. Selbst die OECD hat schon Alarm geschlagen, weil die demografische Herausforderung im Ingenieurbereich in der Bundesrepublik deutlich größer ist als im internationalen Vergleich (vgl. iwd 12/2008).

Bereits 2007 standen den rund 346.700 Ingenieuren zwischen 56 und 65 Jahren lediglich 343.100 Ingenieure unter 35 Jahren gegenüber (Grafik Seite 7):

Wenn hierzulande also ein älterer Ingenieur in den Ruhestand geht, kann er mangels Nachwuchs nicht immer durch einen jungen Kollegen ersetzt werden.

In Belgien, Finnland und Großbritannien kommen dagegen zwei jüngere Ingenieure auf einen älteren. In vielen anderen Industrienationen sieht es in Sachen Nachwuchskräfte sogar noch besser aus.

Besonders betroffen von diesem Nachwuchsmangel sind die Bundesländer im Osten und Berlin. In diesen Regionen liegt das Durchschnittsalter der Ingenieure mit rund 52,5 Jahren über dem bundesdeutschen Durchschnitt von etwa 50 Jahren. In Bayern und Baden-Württemberg leben dagegen die jüngsten Ingenieure mit durchschnittlich gut 48 Jahren.

Regionale Unterschiede gibt es auch in der Frage, wann die ältere Generation der jüngeren das Ruder übergibt. Von den 61- bis 65-jährigen Ingenieuren in Ostdeutschland und Berlin geht nur noch gut ein Drittel einem Job nach, in Baden-Württemberg die Hälfte.

Auf der anderen Seite sind allerdings einige Ingenieure auch noch jenseits des Rentenalters weiterhin erwerbstätig (vgl. iwd 26/2009):

*) Vgl. Oliver Koppel: Ingenieurarbeitsmarkt 2009/10 – Berufs- und Branchenflexibilität, demografischer Ersatzbedarf und Fachkräftelücke, Studie des IW in Kooperation mit dem VDI, Download unter: www.iwkoeln.de

Ingenieure: Immer mehr gehen in Rente

So viele Ingenieure scheiden jährlich endgültig aus dem Erwerbsleben aus

	bis 2012	von 2013 bis 2017	von 2018 bis 2022	von 2023 bis 2027
Baden-Württemberg	4.300	4.800	5.600	6.700
Bayern	5.200	6.000	7.200	8.300
Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen	10.100	11.000	10.900	10.200
Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein	5.300	6.000	6.800	7.400
Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland	4.100	4.700	5.200	6.200
Nordrhein-Westfalen	6.600	7.300	8.400	9.500
Insgesamt	35.600	39.800	44.100	48.300

© 2010 IW Medien • iwd 16

Ursprungsdaten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Deutschlandweit arbeiten im Schnitt noch rund 12 Prozent aller 66- bis 70-jährigen und 4,4 Prozent aller 71 Jahre alten oder älteren Ingenieure – etwa als Geschäftsführer eines Ingenieur- oder Architekturbüros oder als Berater in Industrieunternehmen.

Unterm Strich werden laut IW-Berechnungen bis 2012 noch knapp 36.000 neue Ingenieure jährlich ausreichen, um die altersbedingt aus dem Erwerbsleben Ausscheidenden zu ersetzen. Zwischen 2023 und 2027 müssen es aber bereits 48.300 junge Tüftler jährlich sein.

In sämtlichen westlichen Bundesländern steigt der Bedarf an neuen Ingenieuren bis 2027 kontinuierlich an (Grafik Seite 6). Besonders Bayern muss langfristig eine immer größere Lücke füllen. Im Freistaat nehmen bis 2012 rund 5.200 Ingenieure pro Jahr ihren Hut, 2027 sind es schon 8.300. Die vier östlichen Bundesländer sowie Berlin hingegen müssen sich vor allem in Folge des höheren Durchschnittsalters ihrer Fachkräfte spätestens in zwei Jahren sehr intensiv auf Ingenieursuche begeben.

Bereits bis 2012 räumen in Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen rund 10.000 Ingenieure jährlich ihren Arbeitsplatz für immer.

Und genauso geht es weiter in diesen Regionen – der Osten wird in absehbarer Zukunft jedes Jahr sehr viele neue Ingenieure brauchen, um die in Rente gegangenen zu ersetzen.

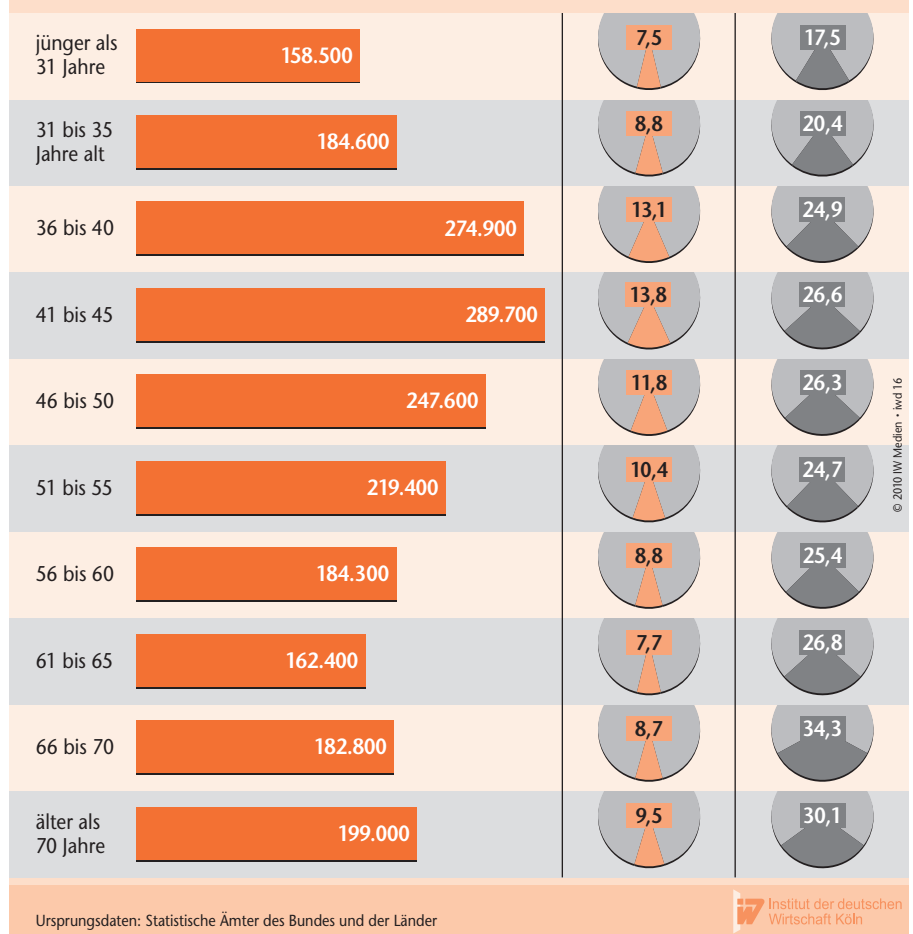
Dieses Problem verschärft sich zudem noch durch das vergleichsweise maaue Interesse junger Menschen an ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen. Die Zahl der Studenten, die ihr Erststudium in Ingenieurwissenschaften abgeschlossen haben, ist von 1995 bis 2001 stark gesunken. Seit 2002 geht es zwar wieder aufwärts, aber mit knapp 42.600 sogenannten Erstabsolventen der Ingenieurwissenschaften im Jahr 2008 ist das Hoch von 1995 mit fast 47.300 frischgebackenen Jung-Ingenieuren noch in weiter Ferne.

In den anderen Studienfächern dagegen ist seit Mitte der 1990er Jahre die Absolventenzahl von rund 197.000 auf 218.000 im Jahr 2008 kontinuierlich geklettert. Auf einen aus dem Erwerbs-

Junge Ingenieure: Verzweifelt gesucht

So viele Ingenieure in Deutschland waren 2007

▲ in Prozent aller Ingenieure ▲ in Prozent aller Akademiker dieser Altersstufe



leben ausscheidenden Akademiker aus anderen Fachrichtungen kommen daher rechnerisch 1,5 potenzielle Nachfolger – gegenüber weniger als einem bei den Ingenieuren.

Diese Zahlen erklären auch, warum es momentan so schwierig ist, vor allem für die vielen Ingenieure kurz vorm Rentenalter einen geeigneten Ersatz zu finden, während es in manch anderen Berufen eher gut aussieht in Sachen Nachwuchskräfte.

Zudem waren von den Studenten der Ingenieurwissenschaften hierzulande 2008 im Schnitt 15 Prozent Ausländer; im Fach Elektrotechnik hatten sogar 22 Prozent der angehenden Akademiker fremde Wurzeln. Generell ist in den Ingenieurwissenschaften der Anteil ausländischer Studenten deutlich höher als in anderen Studiengängen, wo er 2008 bei knapp 11 Prozent lag.

Knapp 80 Prozent der ausländischen Ingenieurwärter sind junge Menschen,

die ihre Hochschulzugangsberechtigung in anderen Staaten erworben haben und zum Studium nach Deutschland gekommen sind. Das Problem dabei: Die klugen Köpfe bleiben nach ihrem Abschluss nicht in der Bundesrepublik, manche dürfen es teilweise nach geltendem Recht auch nicht. Sie stehen dem deutschen Arbeitsmarkt also meist gar nicht erst zur Verfügung.

Angesichts dieser Zahlen sollte auch die Bildungspolitik nicht untätig bleiben. Damit sich überhaupt mehr junge Menschen für ein ingenieurwissenschaftliches Studium begeistern, sollten die naturwissenschaftlichen Fächer bereits in der Schule einen größeren Stellenwert bekommen. Zudem geben viele Studenten im Grundstudium auf – mehr Praxisbezug und eine bessere Betreuungsrelation könnten hier Abhilfe schaffen. Auch bundesweite Stipendienprogramme würden ingenieurwissenschaftliche Studiengänge attraktiver machen.

Produktionskapazitäten

Drei von zehn Maschinen stehen still

In guten Jahren laufen in deutschen Industriebetrieben neun von zehn Maschinen, derzeit sind es nur sieben. So gering waren die Kapazitäten seit 20 Jahren nicht mehr ausgelastet. Bis die Firmen zur Normalauslastung zurückkehren, werden Jahre vergehen.

Derzeit sind nicht nur viele Mitarbeiter auf Kurzarbeit, auch die Produktionsanlagen laufen untertourig. Die Kapazitätsauslastung betrug im vergangenen Jahr quer durch die Industrie lediglich 72,7 Prozent – das waren 12 bis 13 Prozentpunkte weniger als im Durchschnitt der vergangenen 15 Jahre (Grafik).

Im laufenden Jahr wird zwar die eine oder andere ungenutzte Maschine wieder in Betrieb genommen – für das erste Quartal 2010 wurde vom ifo Institut bereits ein Anstieg der Kapazitätsnutzung auf 75 Prozent gemeldet.

Experten erwarten jedoch, dass es drei Jahre dauern kann, bis das Niveau der Vorkrisenjahre erreicht wird.

Momentan befinden sich die Firmen jedenfalls in einem Teufelskreis: Die schleppende Nachfrage liefert Industriebetrieben derzeit keinen Grund, ihre Kapazitäten zu erweitern. Dies dämpft wiederum die Nachfrage nach neuen Maschinen. Und so weiter und so fort.

Die einzelnen Industriezweige leiden unter der Nachfrageflaute allerdings unterschiedlich stark:

Industrieproduktion: Auslastung auf dem Tiefpunkt

Kapazitätsausnutzung in Prozent

Verarbeitendes Gewerbe	darunter:		
	Vorleistungsgüterindustrie	Investitionsgüterindustrie	Konsumgüterindustrie
1995	84,8	83,5	86,8
1999	85,7	85,0	89,4
2001	84,6	82,0	88,0
2003	82,5	80,6	85,4
2005	83,6	81,6	87,0
2007	88,2	86,2	92,0
2009	72,7	71,3	71,9

Saisonbereinigter Jahresdurchschnitt; Verarbeitendes Gewerbe: ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrie; Konsumgüter: Gebrauchs- und Verbrauchsgüter; Quelle: ifo Institut

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Vorleistungsgüterindustrie. Die Hersteller von Autoelektrik oder chemischen Grundstoffen wurden von der globalen Wirtschaftskrise kalt erwischt – ihre Anlagen sind nur noch zu 71 Prozent ausgelastet. Viele Kunden haben ihre Lagerbestände in der Krise radikal abgebaut, um Kosten zu senken. Die Nachbestellungen tröpfeln nur, zumal niemand weiß, wie lange die Flaute noch anhält.

Investitionsgüterbereich. Die Maschinen- und Fahrzeughersteller konnten ihre Kapazitäten 2009 im Schnitt nur zu 72 Prozent ausnutzen. Viele Investoren hielten sich mit Bestellungen zurück, da ihre im Boom aufgebauten Maschinenparks nicht ausgelastet sind.

Die Krise kam quasi über Nacht: So wollten 2008 noch 64 Prozent der Unternehmen ihre Kapazitäten erweitern, Anfang 2009 laut ifo-Befragung aber nur noch halb so viele. Damit wurde eine ebenso geringe Expansionsbereitschaft wie im Jahr 2003 verzeichnet.

Zugute kommt der Branche allerdings, dass die noch laufenden Maschinen irgendwann abgenutzt sind und dann neue Anlagen bestellt werden müssen. Außerdem rationalisieren Betriebe in

harten Zeiten verschärft. Oft werden deshalb funktionsfähige Maschinen ausgemustert, weil sich mit neuen effizienter produzieren lässt.

Wie geht es weiter mit der Investitionsgüterindustrie? Für großen Optimismus ist es nach wie vor zu früh.

Die asiatischen Länder sind zwar bereits wieder auf einen Wachstumspfad eingeschwenkt, der Export dorthin muss aber erst auf Touren kommen.

Ohnehin reichen die Ausfuhren in die Schwellenländer nicht aus, um die deutschen Kapazitäten auszulasten. Dazu muss auch in Europa und in Amerika die Konjunktur anziehen. Erst dann werden neue Maschinen benötigt und bestellt.

Konsumgüterhersteller. Dieser Industriezweig verdient sein Geld mit Waschmaschinen, TV-Geräten und anderen Haushaltsgegenständen. Dank des relativ robusten Arbeitsmarkts laufen die Geschäfte der Konsumgüterhersteller vergleichsweise gut. Die Kapazitäten der Branche sind momentan zu 79 Prozent ausgelastet. Konsumgüter machen jedoch nur ein Fünftel aller Industriegüter aus – zu wenig, um die Industrie insgesamt voranzubringen.

Für Adressaufkleber